



Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA/XV/007/2007)

Sitzungstermin: Dienstag, den 06.11.2007
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 16:55 Uhr
Ort, Raum: Rathaus-Neubau, Zimmer 413

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hauke Sattler

stellv. Vorsitzende/r

Herr Paul Foest

Ausschussmitglieder

Frau Margrit Bächle-Fiks

Frau Sandra Bockhöfer

Herr Dr. Kai Dröge

Herr Wilhelm Mohr

Herr Michael Runden

Herr Heinz Dieter Schmidt

Herr Remmer Schröder

stellv. Mitglieder

Herr Ludwig Harms

für Herrn Walter Düngemann

Herr Jochen Kruse

für Herrn Olav Fricke

Verwaltung

Erster Stadtrat Thomas Dr. Helmke

Herr Bürgermeister Wolfgang Kellner

Herr Erich Buß

Arnold Hinrichs

Herr Hans-Hartmut Lüken

Herr Hartmut Schubert

zugleich Protokollführung

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Walter Düngemann

Herr Olav Fricke

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19-06-2007 (XV/6)
- 3 Entscheidung über die Jahresrechnung 2005 gem. § 101 NGO
- incl. Baubetriebshof -
 - a) Beschluss über die Jahresrechnung
 - b) Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 05-10-2007)
- 4 Bericht über die Haushaltsergebnisse 2006
Vorlage: 8.20/XV/0221/2007
- 5 Haushalt 2008
- 6 Informationen
- 7 Anfragen

Protokoll/Niederschrift:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19-06-2007 (XV/6)

Beschluss: (9 JA-Stimmen, 2 Enthaltung)

Die Niederschrift wird genehmigt.

TOP 3 Entscheidung über die Jahresrechnung 2005 gem. § 101 NGO - incl. Baubetriebshof - a) Beschluss über die Jahresrechnung b) Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters (sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 05-10-2007)

Der Bürgermeister wies auf den vorliegenden Schlussbericht 2005 des Rechnungsprüfungsamtes und die dazu ergangenen Stellungnahmen mit Schreiben des Fachdienst Finanzservice vom 05-10-2007 hin. Dazu wolle er nur einige Punkte herausgreifen wie beispielsweise die vom Landkreis Leer in seiner Haushaltsgenehmigung 2005 zwingend dargestellte restriktive Handhabung bei den freiwilligen Leistungen, die hier vom Rechnungsprüfungsamt wieder aufgegriffen worden sei. Sicherlich würden seitens des Rates gute Vorschläge unterbreitet werden bezüglich neuer Projekte, doch müsse man hier tatsächlich immer abwägen, was für die Stadt Leer angemessen und umsetzbar sei; die Wünsche dürften hier nicht ausufern. Natürlich seien freiwillige Leistungen auch weiterhin dringend notwendig und aus der Sicht der Stadt als Mittelzentrum unabdingbar. So könne die Stadt durch seine Veranstaltungen seine überregionale Stellung behaupten und ausbauen. Dies sei ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der heimischen Wirtschaft.

Bezüglich der Überzahlungen bei der städtischen Jugendhilfe dürfe man nicht außer Acht lassen, dass die Stadt über Jahre hinweg aufgrund der Vereinbarung mit dem Landkreis Leer auch Vorteile gehabt habe – zwar nicht im letzten Jahr, doch insgesamt sei die Bilanz positiv. Die Abrechnungen seien zudem alle von der Stadt geprüft worden.

Herr Lüken warf dazu ein, dass die Angelegenheit seitens des Rechnungsprüfungsamt als abgeschlossen betrachtet werden könne.

Insgesamt, so der Bürgermeister, sei im Vergleich zu der großen Anzahl der Aufgaben der Stadt der Umfang der Anmerkungen im Schlussbericht 2005 als gering anzusehen. Dies bescheinige eine positive Arbeit.

Herr Runden bat darum, grundsätzlich die freiwilligen Leistungen einzuschränken und statt dessen mehr Gewicht auf andere Notwendigkeiten zu legen wie beispielsweise die Toilettenanlagen der Schulen. Darauf solle zukünftig mehr geachtet werden.

Außerdem solle der in Relation zum Gebührenaufkommen etwas hohe Personalaufwand bei den Baugenehmigungsgebühren in den Haushaltsberatung 2008 thematisiert werden.

Der Schlussbericht 2005 sei für Herrn Foest sehr informativ gewesen; daher richte er im Namen der CDU-Fraktion seinen Dank an das Rechnungsprüfungsamt, dem es als Pflichtaufgabe obliege, die Aufgabenerfüllung kritisch zu betrachten und entsprechende Beanstandungen auszusprechen, die aber in der Regel ausgeräumt werden könnten.

Jedes Jahr würde durch den Jahresabschluss deutlich werden, dass es große Abweichungen vom Planungssoll zum Jahresergebnis gebe. Herr Runden bat darum, offensichtliche Planabweichungen von vornherein mit einzubeziehen, damit die Ansätze sich realistischer darstellen würden.

Im Bericht sei zudem der Kostenersatz für Brandwachen angesprochen worden. Für kleine Verein stelle dies eine nicht unerhebliche Belastung dar. Man solle darüber nachdenken, ob es hier nicht andere Lösungen geben könne.

Herr Kellner wies darauf hin, dass dies ein Problem der Feuerwehr sei. Die Verwaltung nehme grundsätzlich Rücksicht auf kleine Vereine. Die Feuerwehr wolle aber auf diese Einnahmen nicht verzichten. Dies sei verständlich angesichts der knappen Finanzlage der Wehren. Man müsse zur Lösung dafür also schon im städtischen Haushalt eine extra Position schaffen.

Für Herrn Foest sei die immer wieder kehrende Beanstandung im Vermögenshaushalt zu den noch nicht abgerechneten Maßnahmen unbefriedigend. Er bat erneut darum, diese nunmehr abzurechnen. Der Stadt dürften daraus keine Nachteile erwachsen. Notfalls müsse man bei personell bedingten Gründen eine weitere Kraft einplanen.

Loben könne man hingegen das Projekt „Soziale Stadt“ in seiner Umsetzung. Hier lägen bereits effiziente Ergebnisse vor – mit Ausnahme der Probleme um den Ledatreff.

Bei der Sanierung der Seeschleuse sei die Stadt – wie das Gutachten zeige - falsch beraten worden, so dass dadurch weitere erhebliche Kosten entstanden seien. Hier stelle sich die Frage nach Rückgriffsmöglichkeiten. Zudem stelle sich für ihn die Frage, ob nunmehr ohne weitere finanzielle Aufwendungen die Seeschleuse problemlos betrieben werden könne.

Beim Bypass-Fluid-Systems sehe er auch in Zukunft Probleme auf den Hafen zukommen, denn es könne immer wieder vorkommen, dass der Schacht mit Unrat ver-

stopft werde, was zum Stillstand des Systems führen würde und weitere Kosten verursache.

Herr Dr. Helmke erläuterte, dass bei einem Kostenvolumen von ca. 35,-- € pro m³ Schlickentsorgung mit Gesamtkosten von rd. 10.000 € am Tag zu rechnen sei, wenn die Bypass-Fluid-Anlage ausfallen würde. Die Verursacher aber würden sich nur sehr schwer ermitteln lassen. Man müsse also auch in Zukunft damit rechnen, dass es durch Fremdstoffe im Schacht zu Verstopfungen und damit Ausfall des Systems kommen werde. Die damit verbundenen Taucherkosten würden für 2 bis 3 Tage bei rd. 30 bis 50 T€ liegen.

Hinsichtlich der Schleusenreparatur wäre ein vollkommenen neu erstellter Drempel sicherlich langlebiger (rd. 30 Jahre) als die jetzige Lösung, doch könne auch hier mit rd. 20 Jahren Funktionsfähigkeit gerechnet werden. Bezüglich der Schadenersatzklage könne in 2008 mit einem Urteil respektive Vergleich gerechnet werden.

Die Anregung von Herrn Foest aufgreifend bat Frau Bächle-Fiks, für kleine Vereine einen jährlichen Ansatz einzuplanen, der die Kosten für die Brandwache abdecken könne.

Im Gebiet der Sozialen Stadt könne man die Fortschritte deutlich erkennen. Der ganze Bereich sei durch die vielen Maßnahmen erheblich aufgewertet worden.

Für Herrn Mohr war die Begründung seitens der Verwaltung zum Rechtsstreit Bebauungsplan B 149 (Evertskamp) nicht ausreichend. Seine Bitte richte sich daher an die Verwaltung, dies nochmals zu prüfen, denn der Kommunale Schadenausgleich (KSA) müsse seines Erachtens hier zu überzeugen sein. Herr Hinrichs informierte, dass der Justitiar dabei sei, entsprechende Vorbereitungen für den KSA zu treffen. Auf Anfrage von Herrn Mohr hinsichtlich des Verbleibs des Mobilars des Jugendamtes erläuterte Herr Buß, dass dies nicht abhanden gekommen sei, sondern lediglich bedarfsgerecht im Hause umverteilt worden sei. Leider sei dies nicht schriftlich festgehalten worden.

Herr Lüken sprach die nicht akzeptable Kostenunterdeckung bei den Marktstandsgeldern in 2005 an. Hier müsse angesichts der Haushaltslage eine Kostendeckung durch die Marktbesucher erreicht werden. Zum Tag der Niedersachsen in 2003 seien die Standgelder ebenfalls unvergleichbar höher gewesen.

Der Bürgermeister sprach in diesem Zusammenhang die Probleme beim Gallimarkt bezüglich der Schutzgitter an, die jedes Jahr umfangreicher werden und damit erhebliche Kosten verursachen würden. Diesen Kostenfaktor habe es früher nicht gegeben; allerdings könne man in Zukunft auch nicht mehr auf die Gitter verzichten zum Schutz der Anwohner. Gerade in Hinblick auf das kommende Jubiläum habe man bereits über eine Gebührenerhöhung nachgedacht. Eine kostenlose Nutzung der WC-Anlagen während der Gallimarkttage wäre aber auch durchaus diskutierbar.

Herr Schmidt dankte für diesen Hinweis. Zudem richte er auch im Namen der SPD-Fraktion seinen Dank an das Rechnungsprüfungsamt für den Schlussbericht, der eine gute Arbeitsgrundlage für die Politik darstelle.

Auf Anfrage von Frau Bockhöfer zur Verhängung von Bußgeldern gegen Personen, die die Nutzung der Toilettenanlagen ordnungswidrig umgingen erläuterte Herr Kellner, dass man mit Bußgeldern nicht die Kosten der Schutzgitteraufstellung decken könne. Diese würden in einen anderen Topf fließen. Es sei seiner Ansicht nach richtig, dass das Rechnungsprüfungsamt die fehlende Kostendeckung kritisiere; eine Kostendeckung müsse angestrebt werden, aber die Schutzinteressen der Anwohner würden hier zunächst im Vordergrund stehen.

Herr Foest verwies auf den entsprechenden Artikel in der Presse, in dem es hieß, dass die Gitter die Zuwiderhandlungen nicht haben verhindern können. Vielleicht sollte man über mehr Toilettenwagen nachdenken, denn weite Wege seien sicherlich auch ursächlich für dieses Problem.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, ließ der Vorsitzende über die Jahresrechnung abstimmen.

Beschluss: (einstimmig)

Dem Rat wird empfohlen, gemäß § 101 Abs. 1 NGO

- a) die Jahresrechnung 2005 – inklusive Baubetriebshof - zu beschließen
... und ...
- b) dem Bürgermeister die Entlastung zu erteilen.

TOP 4 Bericht über die Haushaltsergebnisse 2006
Vorlage: 8.20/XV/0221/2007

Auf Anregung des Bürgermeister wurden mit Zustimmung des Ausschusses die Tagesordnungspunkte vier und fünf zusammengefasst.

Der Bürgermeister ging zunächst auf die Haushaltsergebnisses 2006 ein und wies auf die erfreuliche Entwicklung des Fehlbetrages hin, der bei der Planung noch mit rd. 14,7 Mio. € prognostiziert wurde und zum Abschluss doch auf rd. 9,685 Mio. € gesenkt werden konnte bedingt durch Mehreinnahmen und Einsparungen. Zu nennen seien dabei insbesondere bei den Einnahmen:

- die Realsteuern,
- die Einkommens- und Umsatzsteuerzuweisungen,
- die Schlüsselzuweisungen,
- Mieten und Pachten,
- Sonstige Gewinn- und Verwaltungseinnahmen,
- Gewinnanteil EWE,

- Konzessionsabgabe EWE

Bei den Ausgaben konnten besonders Einsparungen erreicht werden bei:

- Personalausgaben,
- Unterhaltungskosten,
- Zins- und Finanzausgaben,
- Senkung des Sollfehlbetrages des Vorjahres.

Bei der Gewerbesteuer konnten allein netto rd. 2,5 Mio. € Einnahmesteigerungen erreicht werden; bei den Personalkosten wurde eine Ausgabesenkung von rd. 600 T€ erzielt. Der Bürgermeister erhoffe sich auch für 2007 eine weitere Defizitsenkung. Tendenziell zeichne sich diese Verbesserung bereits ab.

Sorgen hingegen mache der Vermögenshaushalt. Bedingt durch die vielen Großprojekte in Leer könne eine weiterhin hohe Verschuldung nicht vermieden werden. Aber gerade durch diese Investitionen würden sich langfristig Vorteile für die Stadt ergeben, zumal es sich hier nicht um Luxusprojekte, sondern langfristige Infrastrukturmaßnahmen handele.

Für das Haushaltsjahr 2008 werde es erhebliche Verschiebungen geben, die durch die Gründung der AöR hervorgerufen werden würden. Daher sei es sinnvoll, den Haushalt 2008 erst Anfang des nächsten Jahres zu verabschieden, um diese Änderungen in der Finanzplanung umsetzen zu können. Hinzu komme, dass seitens des Landesamtes noch keine Planungsdaten vorliegen würden. Der Vermögenshaushalt werde sich auch im kommenden Jahr wieder sehr schwer gestalten, wie z.B. die Entwicklungen bei den Berufsbildenden Schulen zeigen würden.

Herr Foest sprach sich für eine Politik der vorsichtigen Ansatzplanung aus, denn nur dadurch könne man eine Senkung des Fehlbetrages erreichen. Derzeit könne man trotz positiver Entwicklung auch nicht mit einem Defizit von rd. 10 Mio. € zufrieden sein. Der bisherige Weg zur Senkung sei aber richtig. Ein weiteres Streben nach Begehrlichkeiten müsse begrenzt werden, denn Kreditaufnahmen, auch wenn die Konditionen günstig seien, würden den Haushalt langfristig stark belasten. Gemeinsam mit den Kassenkrediten habe man nun schon rd. 40 Mio. € an Verbindlichkeiten. Daher müsse in der Zukunft vorsichtig abgewägt werden, bevor neue Schulden aufgenommen werden würden.

Bei den Schulen hingegen könne man ohne großen Aufwand dringend notwendige Maßnahmen umsetzen.

Herr Foest unterstrich nochmals, in der Zukunft restriktiver bei der Aufnahme von Krediten zu verfahren.

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass der normale Schuldendienst nicht mit den Kassenkrediten – mit Ausnahme der Zinsaufwendungen – zusammengefasst werden dürfe. So würden auch die Haushaltseinnahmereste z.B. aus Kassenkrediten finanziert werden.

Herr Mohr bat um Information, wodurch in 2006 die erhebliche Gebührenmindereinnahme von weit über 500 T€ begründet sei.

Herr Schubert erläuterte hierzu, dass diese Mindereinnahmen hauptsächlich im Bereich der Abwassergebühren zu verzeichnen seien und die Ursache in der Verlagerung eines stark wasserverbrauchsabhängigen Produktionsprozesses einer Leeraner Unternehmung nach auswärts liege.

Herr Schmidt stellte heraus, dass die Stadt in der vergangenen Zeit stark in die Infrastruktur investiert habe. Langfristig würden daraus neue Einnahmebereiche entstehen und die Stadt in seiner Entwicklung weiter voran bringen. Wenn also von Schulden gesprochen werde, müsse man zugleich einen Blick auf das geschaffene Vermögen richten.

TOP 5 Haushalt 2008

(sh. TOP 4)

TOP 6 Informationen

Informationen lagen keine vor.

TOP 7 Anfragen

Da keine Anfragen vorlagen, schloss der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.54 Uhr und eröffnete im Anschluss daran den nichtöffentlichen Teil.

gez. Hauke Sattler

gez. Wolfgang Kellner

gez. Hartmut Schubert

Vorsitzende/r

Bürgermeister

Protokollführer/in

F.d.R.:

Protokollführer/in